

Wolfgang Gerhardt

Arbeitsplätze schaffen ist die sozialste Leistung

Dr. Wolfgang Gerhardt, geb. 1943 in Ulrichstein-Helpershain, ist Vorsitzender der F.D.P.

Arbeitslosigkeit ist ein schweres Schicksal. Die sozialste Politik ist es, Arbeitsplätze zu schaffen. In Deutschland gibt es keinen Mangel an Arbeit, aber einen Mangel an bezahlbaren Arbeitsplätzen. Verantwortung für den Erhalt von Arbeitsplätzen und das Entstehen neuer Arbeitsplätze trägt nicht der Staat allein, diese Verantwortung tragen auch die Tarifpartner, die über Lohnkosten und tarifliche Lohnzusatzkosten maßgeblich die Kosten des Faktors Arbeit bestimmen. Der Staat trägt Verantwortung für die Steuerlast und die hohen gesetzlichen Lohnzusatzkosten. Auch bürokratische Verfahren und Überregulierungen verhindern mehr Investitionen und vertreiben Arbeitsplätze aus Deutschland.

Für Arbeitsplätze braucht Deutschland ein geistiges Klima des Aufbruchs, der Zukunftsorientierung und der Risiko- und Leistungsbereitschaft. Dieses geistige Klima zu schaffen, ist eine Aufgabe von Politik und Gesellschaft insgesamt. Die notwendigen Reformen verlangen von allen Bereitschaft zur Veränderung und zum Verzicht auf liebge-wonnene Besitzstände. Die F.D.P. ist die politische Kraft, die die notwendigen Veränderungen ehrlich anspricht und dem Wettbewerb der nicht finanzierbaren politischen Versprechungen

eine Absage erteilt. Die F.D.P. appelliert an alle Kräfte, an alle Gruppen, an alle Menschen, die die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Lande prägen. Gemeinsam wollen wir

- bei neuen Entwicklungen, neuen Technologien in erster Linie die Chancen sehen, nicht die Risiken,
- uns von Mut und Wandel leiten lassen, nicht von Lähmung,
- Hoffnung und Optimismus ausstrahlen, nicht Ängste und Sorgen.

Mehr Netto vom Brutto: leistungsgerechte Steuern

Für die Finanzierung der unverzichtbaren Staatsaufgaben in der Sozialen Marktwirtschaft braucht der Staat Steuereinnahmen. Damit diese Steuern in Deutschland gezahlt werden, dürfen die Steuersätze auf Lohn, Gewinn und Investition nicht zu hoch sein. Darum bleibt unser Ziel ein Stufentarif mit folgenden Steuersätzen:

0 Prozent für die Einkommenstufe bis ca.	13 000 DM,
15 Prozent für die Einkommenstufe von über	13 000 bis 20 000 DM,
25 Prozent für die Einkommenstufe von über	20 000 bis 60 000 DM,
35 Prozent für die Einkommenstufe über	60 000 DM.

Diese Einkommenstufen gelten für Ledige. Für Verheiratete gelten jeweils die doppelten Beträge für die Einkommenstufen; weitere zeitnahe Anpassung des Grundfreibetrags, das Existenzminimum jedes Bürgers muß immer steuerfrei sein.

Also: deutliche Entlastung von mindestens 30 Mrd. DM für die Steuerzahler bei der Lohn- und Einkommensteuer sowie Körperschaftsteuer. Eine grundlegende Steuerreform schafft wieder verlässliche Steuereinnahmen und durch eine konjunkturelle Belebung auch wieder mehr Steuereinnahmen für den Staat. Anstelle zahlreicher Einzelgesetze wollen wir ein Steuergesetzbuch, in dem das Steuerrecht übersichtlich zusammengefaßt und gründlich entrümpelt wird: Für Arbeitnehmer muß Ziel die Selbstberechnung der jährlichen Steuer sein.

Hohe Löhne durch marktwirtschaftliche Erneuerung, Bürgergeld gegen Niedriglohn-Arbeitslosigkeit

Den Wind der Veränderung kann man nicht verbieten, aber man kann Windmühlen bauen. Das ist die Antwort der F.D.P. auf die Herausforderung der Globalisierung. Das ist die Antwort, die eine ganze Generation von Arbeitern in Deutschland seit der Einführung der Marktwirtschaft vor 50 Jahren gegeben hat: beim Wiederaufbau, auf dem Wege der rasanten Rückkehr Deutschlands in die Weltwirtschaft, auf dem Wege zum Exportweltmeister. Reformen müssen im Kopf anfangen - bei jedem Verantwortlichen. Denn Standortstärke für gutbezahlte, sichere Arbeitsplätze beginnt bei der Erziehung und Bildung zu Hause und in der Schule.

Perspektiven für Deutschland: gute Ausbildung für gute Löhne, ein verlässlicher Sozialstaat

Uns Liberalen geht es um zielsichere soziale Hilfe, zu der die Leistungsstarken ihren solidarischen Beitrag als Grundlage leisten sollen. Darum wenden wir uns für das Verteilbare an die Menschen, die ihre Leistung für sich, für ihre Familien und den Nächsten einbringen wollen. Es geht uns darum, Freiräume zu schaffen für die Leistungselite vom Tüftler, der Krankenschwester, dem Handwerker, der Selbständigen bis zur Leitenden Angestellten. Ihre Ideen und ihr Fleiß sind die Grundlage aller Sozialsysteme. Stärken wir diese Menschen, dann machen wir Deutschlands Sozialsystem verlässlich auf dem Weg in die Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft.

Die Sozialhilfe ist die unverzichtbare Hilfeleistung des Staates für Menschen in Not, die sich selbst nicht helfen können. Die F.D.P. will, daß soziale Hilfen den Willen der Bürger zur persönlichen und finanziellen Eigenständigkeit fördern und zur Leistung ermutigen. Deshalb müssen künftig für alle sozialen Leistungsarten - auch für die Gewährung von Sozialhilfe - das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ und der Grundsatz „Keine Leistung ohne Gegenleistung“ gelten. Wer Sozialhilfe erhält, muß künftig zur Verbesserung seiner Lage eigene Anstrengungen unternehmen. Die Verpflichtung zur Gegenleistung entfällt nur bei denen, die sie aufgrund eigener gesundheitlicher, persönlicher oder familiärer Situation nicht erbringen können.

Eigene Arbeit muß sich gegenüber dem Bezug von Sozialhilfe lohnen. Das von den Liberalen geforderte Bürgergeldsystem kann hier einen entscheidenden Beitrag leisten. Das Bürgergeldsystem der F.D.P. ist der Lösungsansatz für die Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit im Niedriglohnbereich und für ein durchschaubares Sozialsystem. Es führt Einkommensbesteuerung und steuerfinanzierte Sozialleistungen zu einer einfachen Gesamtordnung zusammen und ist der beste Weg, Anreize zur Aufnahme von Arbeit zu schaffen. Erste Schritte zu diesem liberalen Konzept sind der Grundfreibetrag in Höhe des Existenzminimums und der Familienleistungsausgleich. Nach dem Bürgergeldkonzept der F.D.P. werden zukünftig die steuerfinanzierten sozialen Hilfeleistungsarten so weit wie möglich auf eine Hilfeleistungsform gebündelt. Nur noch eine Behörde - das Finanzamt - verrechnet diese mit der Einkommensbesteuerung und zahlt zielgenau an die sozial Schwachen ein Bürgergeld oder zieht die Steuer nach der Leistungsfähigkeit des Bürgers ein.

Die solidarische Hilfe der Gesellschaft soll - wo immer möglich - die Rückkehr in die Arbeitswelt zum Ziel haben. Nicht Daueralimentation ist das Ziel, sondern die Befähigung zu einem ausreichenden Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit. Ein reformiertes System von Einkommensbesteuerung und steuerfinanzierten Sozialleistungen führt durch größere Transparenz und Chancen für eigenverantwortliche Lebensgestaltung zu mehr sozialer Gerechtigkeit, sichert die menschenwürdige Existenz finanziell, schafft

Anreize für Erwerbsarbeit, baut Bürokratie ab und sorgt für Effizienz beim Sozialtransfer. Das Bürgergeld ist ein Kernstück des liberalen Sozialstaats.

a) Hohe Löhne durch Investitionen in Bildung und praxisorientierte Forschung

Eine der folgenschwersten Fehlentwicklungen der vergangenen Jahrzehnte im Bildungsbereich ist es, daß sich eine falsche Anerkennungs- und Ausbildungshierarchie herausgebildet hat. Ein Hochschulabschluß schlägt bis heute den Berufsbildungsabschluß. Elite ist aber kein Privileg der theoretisch ausgebildeten. Unsere duale Berufsausbildung ist ein Erfolgsmodell. Es ist nicht nur die Grundlage zur Qualifizierung des Fachkräftenachwuchses, den die Wirtschaft braucht, um Globalisierung und Strukturwandel zu bewältigen. Zugleich ist es der Teil des Bildungswesens, in dem die große Mehrheit der Jugend - fast 70 Prozent eines Altersjahrgangs - für einen erfolgreichen Einstieg in das Berufsleben qualifiziert wird. Die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ist immer noch nicht erreicht. Öffentliches Dienstrecht und Tarifverträge benachteiligen bis heute beruflich Qualifizierte gegenüber akademisch Qualifizierten. Dies zu ändern ist sowohl im Interesse der einzelnen Menschen als auch der Gesellschaft insgesamt.

Wir sind zu Recht stolz auf gut ausgebildete Fachkräfte, „qualifiziertes Humankapital“, als wichtigsten Standortfaktor Deutschlands. Darum werden wir nicht an der Bildung sparen. Die F.D.P. fordert trotz knapper Ressourcen, den Anteil der Bildungsausgaben zu erhöhen und gibt Investitionen in Bildung und Forschung Vorrang in den öffentlichen Haushalten. In den nächsten fünf Jahren müssen die Bundesbeteiligungen privatisiert werden. Die Erlöse und Zinsersparnisse sollen gezielt zur Entschuldung des Bundeshaushalts und für eine Innovations- und Bildungsinitiative eingesetzt werden.

Die Berufsausbildung muß stärker als bisher differenziert werden. Jungen Menschen, die in der Lage sind, einen praktischen Beruf auszuüben, darf diese Chance nicht wegen zu hoher theoretischer Anforderungen der Berufsausbildung genommen werden. Solchen Jugendlichen kann eine abgestufte Ausbildung helfen: In einer ersten Phase werden in anschaulicher und verständlicher Weise Mindestanforderungen vermittelt, die zur Ausübung des Berufes ausreichen. Diese erste Ausbildungsstufe müßte mit einer Prüfung abschließen, die die praktische Berufsfähigkeit nachweist.

An unseren Hochschulen ist es Zeit für eine grundlegende Studienreform. Überregulierung und Unterfinanzierung engen die Handlungsspielräume an den Hochschulen ein. Die Hochschulen brauchen mehr Autonomie als ihnen bislang in Deutschland zugestanden worden ist. Dazu gehören eine auf Leistung und Wettbewerb ausgerichtete interne Organisations- und Verantwortungsstruktur, die Abschaffung der ZVS und Rückübertragung ihrer Kompetenzen an die Hochschulen, Personalhoheit, Tarifautonomie, Globalhaushalte und - neben einer Grundfinanzierung - leistungsbezogene Zusatzfinanzierung über Bildungsgutscheine und Forschungsmittel. Die staatlichen

Rahmenbedingungen für Stiftungen, Stipendien und privates Engagement müssen deutlich verbessert werden, denn die Unterstützung der Wissenschaft durch gemeinnützige Einrichtungen ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Wissenschaftsförderung. Fachhochschulen sind beschleunigt auszubauen. Sie werden durch das Konzept der Bildungsgutscheine neue Entfaltungsmöglichkeiten bekommen; berufsbegleitende Studiengänge sind vermehrt anzubieten. Wichtiger Bestandteil liberaler Forschungs- und Technologiepolitik ist ein gesellschaftliches Umfeld, in dem Forschung und Umsetzung von Forschungsergebnissen in neue Verfahren und Produkte gedeihen können und akzeptiert werden. Innovationsförderung ist ebenso unabdingbar wie Deregulierung und mehr Wettbewerb. Dazu gehört aber auch ein konsequentes „Ja“ zu Leistungseliten.

b) Reformen für einen verlässlichen Sozialstaat

Das heutige Rentensystem hat seine Finanzierungsprobleme fast immer durch Beitragserhöhungen gelöst. Das ist ungerecht. Dadurch zahlt die heutige junge Generation Höchstbeiträge bei höchst ungewissem Rentenertrag. Die F.D.P. fordert für die Zukunft den Vorrang für Beitragsstabilität. Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung müssen dauerhaft auf unter 20 Prozent gesenkt werden. Die Strukturreform der Rentenversicherung muß deshalb konsequent weitergeführt werden. Eine steuerfinanzierte Grundrente lehnt die F.D.P. als leistungsfeindlich ab. Ziele der liberalen Reform sind Rentensicherheit, Beitragsstabilität und Generationengerechtigkeit.

Die F.D.P. fordert den schrittweisen Übergang zu einer Mischform aus umlagefinanzierter und kapitalgedeckter Alterssicherung. Notwendig ist dafür mehr Spielraum für Eigenvorsorge durch steuerliche Entlastung - Grundvoraussetzung für eigenverantwortliche Vorsorge bei der Alterssicherung. Zur betrieblichen Säule verlässlicher Sozialsysteme gehören vor allem Pensionsfonds für betriebliche Altersvorsorge und Kapitaldeckung. Neben steuer- und arbeitsrechtlichen Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die klassische Betriebsrente bedeuten vor allem bessere Beteiligungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer am Betriebsvermögen eine Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge. Ein geeigneter Weg ist die Einrichtung von Betriebspensionsfonds. Die kapitalgedeckte Form der Altersvorsorge kann auch im Rahmen von Investivlöhnen, wie „Sparlohn statt Barlohn“-Konzepten, genutzt werden.

Sozial gerecht ist für Liberale nur das, was auch unter den Generationen gerecht ist. Deshalb fordert die F.D.P. die jährliche Vorlage einer Generationenbilanz durch die Bundesregierung. Diese Generationenbilanz muß Soll und Haben ausweisen: auf der einen Seite die Leistungen z.B. für Bildung und Ausbildung, auf der anderen Seite die Belastungen etwa durch Staatsverschuldungen, Pensionslasten und Generationenverträge. Die Generationenbilanz fördert das Bewußtsein für das Prinzip Verantwortung für die nächsten Generationen und stärkt den Zusammenhalt der Generationen unterein-

ander. Generationengerechtigkeit ist Anerkennung der Lebensleistung der älteren und Zukunftssicherung für die junge Generation.

c) Verantwortung der Tarifpartner und der Politik für Arbeitsplätze

Es geht bei der Reform der Flächentarife um die Menschen, die Arbeit suchen; es geht um die besondere Situation der einzelnen Regionen, Branchen und Unternehmen. Die Tarifparteien sollen sich darauf beschränken, Rahmenvereinbarungen zu treffen. Innerhalb des Rahmens wird die Entscheidung insbesondere über das Arbeitsentgelt und die Arbeitszeit auf die betriebliche Ebene verlagert, auf Vereinbarungen zwischen dem Unternehmen und den Mitarbeitern bzw. den gewählten Belegschaftsvertretungen. Nur sie, die Partner im Einzelbetrieb, kennen seine wirtschaftliche Lage und seine speziellen Anforderungen. Nur sie können hierauf flexibel und individuell reagieren. Pauschale Arbeitszeitverkürzungen oder die generelle 30-Stunden-Woche lehnt die F.D.P. ab, weil damit Arbeitsplätze in Deutschland noch teurer würden.

Zukünftige Spielräume für Einkommenszuwächse sollen gezielt für eine erfolgsabhängige Entgeltkomponente genutzt werden: Den Beschäftigten steht ein bestimmter Anteil am Gewinn zu, der mit steigenden Gewinnen ansteigt. Diese Teilhabe der Mitarbeiter am wirtschaftlichen Erfolg fördert die Partnerschaft im Betrieb. Mitarbeiter-Beteiligungen fördern die Motivation der Beschäftigten. Darüber hinaus lenken und halten sie Kapital in Unternehmen, mit dem neuer Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Vermögensbildung braucht Freiheit und Freiwilligkeit: Wahlfreiheit für den Arbeitnehmer bei der Art der Anlagen und Freiwilligkeit der Vereinbarungen in den Betrieben, keine Privilegierung von Tariffonds. Durch Investivlohnmodelle wollen wir die Möglichkeiten breiter Vermögensbildung verbessern und erweitern. Für Bürgerinnen und Bürger, die in der früheren DDR geringere Chancen für eine private Vermögensbildung hatten, soll als Nachteilsausgleich ein Bonus vorgesehen werden. Die F.D.P. fordert darüber hinaus die Einrichtung von Pensionsfonds, in die Arbeitgeber und Arbeitnehmer Zahlungen leisten können. Sie dienen neben der Vermögensbildung auch der eigenverantwortlichen zusätzlichen Altersvorsorge.

Für Arbeitsplätze und einen verlässlichen Sozialstaat: Deutschland hat alle Chancen

Es ist möglich, durch Reformen des Sozialstaats und durch niedrige Steuersätze Investitionen wieder attraktiv zu machen und dafür zu sorgen, daß sich Leistung auch für den Durchschnittsverdiener wieder lohnt. Es ist möglich, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, die Hilfe für Bedürftige wieder auf ein solides Fundament zu stellen, mit dem Bürgergeldsystem Arbeit wieder bezahlbar zu machen. Wenn uns das alles gelingt, ist es auch möglich, die Staatsverschuldung abzubauen und unseren Kindern den Staat in einem Zustand zu hinterlassen, der ihnen selbst auch noch Gestaltungsspielräume läßt.

Im Bereich wirtschaftsnaher und sozialer Dienstleistungen liegen die größten Chancen für Millionen neue Arbeitsplätze. Die Politik muß auch hier Marktzutrittsbarrieren auf dem Weg in die Selbständigkeit und Barrieren gegen die Einstellung von Mitarbeitern abbauen. Den wichtigsten Beitrag für Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich kann die Politik allerdings nicht unmittelbar leisten. Um so mehr müssen die Rahmenbedingungen der Bildung, Ausbildung und Kultur die Entwicklung einer neuen Kultur der Selbständigkeit fördern. Deutschland verfügt über eine hervorragend ausgebaute Infrastruktur; wir können ein hohes Ausbildungsniveau vorweisen. Trotz aller Mängel ist unsere Wirtschaft leistungsfähig, deutsche Produkte haben auf den Weltmärkten einen guten Ruf. Unsere Wissenschafts- und Forschungslandschaft, kulturelle Angebote all das zählt. Allein die Beschwörung dieser guten Gegenwart schafft jedoch noch keine Zukunftsfähigkeit. Zu Reformen, die deutschen Arbeitnehmern auch in Zukunft Löhne im internationalen Spitzenbereich und ein verlässliches Sozialsystem sichern, gibt es keine Alternative. Wer meint, daß Zukunftsfähigkeit, die Perspektive gutbezahlter Arbeitsplätze und ein fairer Generationenvertrag für die junge Generation schon mit ein paar kleinen Korrekturen geleistet werden können, verkennt die Größe des Problems.

Um das Zusammenwachsen in Deutschland zu fördern und die Lebenschancen für Menschen zu verbessern, muß der Teufelskreis von Argumenten durchbrochen werden, die uns Glauben machen wollen, soziale Sicherheit könne fernab von wirtschaftlicher Leistungskraft geschaffen werden. Natürlich sind die vom strukturellen Wandel betroffenen Menschen schutzwürdig. Es ist ohne Zweifel Aufgabe des Staates, ihnen ohne soziale Not Brücken in die Arbeitswelt zu schlagen, wo immer dies möglich ist. Das alles wird uns Mut, geistige Beweglichkeit und Bereitschaft zum Verzicht auf liebgewordene Gewohnheiten abverlangen. Wenn wir gemeinsam diesen Mut zu Reformen aufbringen, hat Deutschland alle Chancen. Dann eröffnen Fleiß, Ideereichtum, Wagnisbereitschaft und Disziplin bestens ausgebildeter Bürger wieder soziale Chancen für alle.